

Riesfaer Tageblatt



Drahtanschrift
Tageblatt Riesfa,
Fernauf Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesfa, des Rates der Stadt Riesfa, des Finanzamts Riesfa und des Hauptpostamts Meißner bezirksbereichs bestimmte Blatt.

Postkontos:
Riesfa 1380.
Girokonto:
Riesfa Nr. 52.

Nr. 190.

Montag, 15. August 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Halb-Pfennige; die 89 mm breite Reklamazeile 100 Halb-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Keine Taxen. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesfa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Wiederausgabe oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesfa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesfa; für Anzeigenenteil: Wilhelm Dittrich, Riesfa.

Umbildung der Regierung gescheitert.

Hindenburg lehnt die Uebernahme der vollen Staatsführung durch Hitler ab.

Die amtliche Darstellung.

Schon am Sonnabend mittag zeigte es sich, daß die mit den Nationalsozialisten geführten Verhandlungen über die Umbildung der Reichsregierung kaum noch zum Ziele führen würden. Die am Spätnachmittag beim Reichspräsidenten abgehaltene Beratung bestätigte diese Befürchtung. Am Sonnabend abend wurde von amtlicher Seite folgende Darstellung bekanntgegeben:

Reichspräsident v. Hindenburg empfing heute nachmittag in Gegenwart des Reichskanzlers v. Papen den Führer der NSDAP, Adolf Hitler, zu einer Besprechung über die politische Lage und die Frage einer Umbildung der Reichsregierung.

Der Reichspräsident richtete an Hitler die Frage, ob er bereit sei, selbst sowie mit anderen geeigneten Persönlichkeiten der NSDAP, in die von dem Reichskanzler v. Papen geleitete Regierung einzutreten.

Herr Hitler verneinte dies und stellte an den Herrn Reichspräsidenten die Forderung, ihm die Führung der Reichsregierung und die gesamte Staatsgewalt in vollem Umfange zu übertragen.

Reichspräsident v. Hindenburg lehnte diese Forderung sehr bestimmt mit der Begründung ab, daß er es vor seinem Gewissen und seinen Pflichten dem Vaterlande gegenüber nicht verantworten könne, die gesamte Regierungsgewalt ausschließlich der nationalsozialistischen Bewegung zu übertragen, die diese Macht einseitig anzuwenden gewillt sei. Er bedauerte, daß Herr Hitler sich nicht in der Lage sehe, entsprechend seinen vor den Reichstagswahlen abgegebenen Erklärungen eine vom Verstand des Herrn Reichspräsidenten berufene nationale Regierung zu unterstützen.

Die Aussprache schloß ab dann mit einer ersten Mahnung des Reichspräsidenten an Hitler, die von ihm angelegentlichste Opposition der NSDAP, ritterlich zu führen und sich seiner Verantwortung vor dem Vaterlande und vor dem deutschen Volke bewußt zu bleiben.

Vor dem Empfang bei dem Herrn Reichspräsidenten hatte im Laufe des Vormittags eine Aussprache des Reichskanzlers mit Herrn Hitler stattgefunden. In dieser Aussprache hatte sich der Reichskanzler erboten, dem Herrn Reichspräsidenten Herrn Hitler als Vizekanzler in der gegenwärtigen Regierung vorzuschlagen und ferner einige weitere geeignete Persönlichkeiten aus der nationalsozialistischen Bewegung zu wichtigen politischen und sachpolitischen Ministerien zu betrauen, um dieser Bewegung einen ihrer Stärke entsprechenden Einfluß auf die Staatsführung einzuräumen.

Der Reichspräsident nach Neudeck abgereist.

(Berlin.) Der Herr Reichspräsident hat Sonnabend abend 7 Uhr mit dem fahrplanmäßigen Dampferzug Neudeck verlassen und sich für einige Zeit wieder nach Neudeck begeben.

Beschleunigte Lösung der Arbeitslosenfrage.

(Berlin.) Der Herr Reichspräsident brachte vor seiner Abreise nach Neudeck gegenüber dem Reichskanzler, der sich von ihm verabschiedete, zum Ausdruck, daß, nachdem nunmehr Klarheit über die politische Lage geschaffen sei, mit der größten Beschleunigung die zur Behebung der Arbeitslosigkeit vordringlichen Aufgaben gefördert werden müßten. Der Herr Reichspräsident erklärte hierbei dem Reichskanzler, daß er seiner leitenden Unterstützung bei der Erledigung dieser Aufgaben gewillt sein könne.

Erklärung der NSDAP über die Unterredungen

(Berlin.) Die Pressestelle der NSDAP teilt mit: „Der Führer wurde am Sonnabend zu Besprechungen zum Reichskanzler von Papen und im Anschluß daran zum Reichspräsidenten von Hindenburg gebeten. Auf die ihm vorgelegte Frage, ob er und die Partei bereit seien, in eine Regierung von Papen zur Mitarbeit einzutreten, erklärte der Führer: Wir sind gewillt und entschlossen, die volle Verantwortung für die deutsche Politik in jeder Beziehung zu übernehmen, wenn man uns dafür die einseitige Führung der Regierung anvertraut. Ist das nicht der Fall, so kann die nationalsozialistische Bewegung weder an der Macht noch an der Verantwortung teilnehmen. Insbesondere kommt ein Eintritt in die Regierung Papen für die Partei nicht in Frage.“

Da aber Reichspräsident von Hindenburg es ablehnte, die nationalsozialistische Bewegung als stärkste Partei mit der Führung der Regierung zu betrauen, wurden die Verhandlungen als ergebnislos abgebrochen. Die nunmehr gestroffenen Maßnahmen für die weitere Fortführung des

Kampfes der nationalsozialistischen Bewegung werden in einer im Laufe der Woche stattfindenden Führertagung besprochen.

Der Führer verließ noch am Sonnabend Berlin. Es folgt dann in der Verlautbarung die Behauptung, daß das amtliche Communiqué über die Zusammenkunft Hitler-Hindenburg-Papen in manchen Punkten „nicht unmerkliche Unrichtigkeiten“ enthalte. Die NSDAP, so wird erklärt, werde dazu noch Stellung nehmen.

Was wird nun?

(Berlin.) Das negative Ergebnis, mit dem der Empfang Adolf Hitlers beim Reichspräsidenten abgeschlossen hat, war für die politischen Kreise der Reichshauptstadt keine Ueberraschung. Dieser Ausgang stand eigentlich schon Sonnabend mittag fest, nur hatten die amtlichen Stellen das begründete Bedürfnis, auch die letzte Möglichkeit einer Verständigung auszuschöpfen. Daß sie nicht gelungen ist, wird in den Kreisen der Reichsregierung außerordentlich bedauert. Man unterstreicht, daß der Reichskanzler wirklich die Arme weit aufgemacht habe, um dem Führer der nationalsozialistischen Bewegung eine aktive und positive Mitarbeit an nationalen Wiederaufbau zu ermöglichen. Adolf Hitler hat in dieser entscheidenden Stunde geglaubt, sich verlassen zu müssen. Das Bedauern darüber ist in amtlichen Kreisen um so lebhafter, als es die Regierung Papen gewesen ist, die durch die Auflösung des Reichstags, die Aufhebung des SA-Verbots und die Freigabe des Rundfunks auch für die nationalsozialistische Bewegung sehr viel getan hat, um die Annäherung des Nationalsozialismus an den Staat zu fördern. Diese Linie sollte am Sonnabend zu einem gewissen Abschluß gebracht werden, indem auch den nationalen Kräften des Nationalsozialismus Gelegenheit zu einer maßgeblichen Beteiligung an der Führung des Reiches geboten wurde. Das war der Sinn der Verhandlungen, die nun gescheitert sind.

In politischen Kreisen beschäftigt man sich nun natürlich mit der Frage, wie die Entwicklung jetzt weitergehen werde. In der Wilhelmstraße wird betont, daß das Reichskabinett in seiner bisherigen Zusammenfassung weiter arbeiten werde, um die drängenden nationalen Fragen zu lösen. Es ist selbstverständlich, daß die Reichsregierung dafür sorgen wird, daß Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten bleiben.

Nachdem Hitler am Sonnabend vormittag eine Unterredung mit dem Reichswehrminister, General v. Schleicher, gehabt hatte, verbreitete sich in politischen Kreisen bereits das Gerücht, daß die Sache im Hinblick auf eine Verständigung alles andere als gut stünde. Man schätzte die Chancen für und gegen eine Kanzlerschaft Hitlers aber noch immer auf 50:50. Dieser Prozentfuß verlor sich in den ersten Nachmittagsstunden, als Hitler mit dem Reichskanzler gesprochen hatte. Die Auffassungen über das, was innerpolitisch wünschenswert sei, standen sich bei den beiden Unterhändlern scharf gegenüber. Schon ging das Gerücht in der Wilhelmstraße um, daß die Verhandlungen endgültig gescheitert seien und daß die Besprechung, die am Nachmittag beim Reichspräsidenten stattfinden sollte, nur noch formalen Charakter hätte. Allerdings trat man an zuständiger Stelle schon bald darauf diesen Gerüchten, die teilweise bereits den Weg in die Presse gefunden hatten, entgegen, und erklärte, sie eilten den Tatsachen weit voraus.

Die Entscheidung selbst ist dann in der Besprechung beim Reichspräsidenten gefallen, die am Sonnabend um 4.15 Uhr nachmittags begann und nur zwanzig Minuten andauerte. Ueber den Inhalt dieser Unterredung, die unter Umständen von geschichtlicher Bedeutung ist, liegt die obige ausführliche Verlautbarung vor. Unter der Hand erzählt man noch, daß die verhältnismäßig kurze Dauer dieser Besprechung nicht zuletzt darauf zurückzuführen sei, daß der Reichspräsident über die Hitlerischen Forderungen, die nach seiner Auffassung auch über die Funktionen und den Machtbereich des Reichspräsidenten hinweggehen würden, erheblich verstimmt war. Der Reichspräsident hat offenbar die Forderungen Hitlers, ihm die gesamte Staatsgewalt zu übertragen, auch dahingehend verstanden, daß praktisch die Machtbefugnisse, die dem deutschen Staatsoberhaupt obliegen, wenn nicht vollständig, so doch erheblich eingeschränkt und beschritten werden sollen. Tatsächlich verläutet, daß Hindenburg Hitler erklärt habe, daß für den Fall gewalttätiger Unternehmungen, die Reichsregierung schärfste Maßnahmen ergreifen werde, worunter wohl die Verhängung des Ausnahmezustandes zu verstehen ist. Diese Mahnung scheint inzwischen bereits überholt zu sein. Nicht nur, daß Hitler sofort versichert hat, daß er keinesfalls an illegale Maßnahmen denke, sondern darüber hinaus hat der Führer der Nationalsozialisten noch im Laufe des Sonnabends der gesamten SA einen achtstägigen Urlaub gewährt. Tatsächlich ist in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag vollständige Ruhe gewesen, und auch der Sonntag selbst hat irgendwelche Unternehmungen, die auf gewalttätige Pläne seitens der Nationalsozialisten schließen lassen könnten, nicht gebracht.

Viel erörtert wird im übrigen auch, daß der Reichspräsident Hitler an jene Zusicherung erinnert habe, die Hitler seinerzeit hinsichtlich der Unterstützung des Kabinetts Papen durch die Nationalsozialisten gegeben hat. Offenbar sind aber hinsichtlich der Auslegung gewisse Meinungsverschiedenheiten und Mißverständnisse entstanden. Nationalsozialistischerseits steht man auf dem Standpunkte, daß die Zusicherung einer Tolerierung der Regierung von Papen selbstverständlich nur unter den damals gegebenen Verhältnissen erfolgen konnte. Die Reichstagswahl habe eine neue Situation geschaffen, und es sei gerade in politischen Dingen vollständig ausgeschlossen, gewissermaßen eine Blanko-Unterstützung über einen so bedeutungsvollen innerpolitischen Abschnitt, wie ihn die Reichstagswahl bedeute, hinaus zu geben.

Der Reichspräsident von Hindenburg und Adolf Hitler haben noch am Sonnabend Berlin verlassen.

Die Stellungnahme Berliner Blätter.

Berlin, 14. August. Das Scheitern der Verhandlungen des Reichskanzlers und des Reichspräsidenten mit Adolf Hitler über die Beteiligung der NSDAP an der Reichsregierung wird von den Berliner Blättern eingehend gewürdigt. Die „Berliner Morgenzeitung“ bezeichnet den 13. August 1932 als einen schwarzen Tag in der deutschen Geschichte. Das Blatt hofft, daß der Parlamentarismus in seiner Form wieder auflebt, und bringt darüber hinaus den Gedanken des Reichspräsidenten gegen die Uebertragung der absoluten Staatsführung an eine Partei Verhandnis entgegen, deren glühender Idealismus der Härte und für Deutschland wichtige Faktor der nationalen Bewegung sei, deren überaus reiche Entwicklung und Jugend aber noch nicht die hundertprozentige Gewähr für die volle Staatsführung zu bieten vermöge. Die „Germania“ schreibt, Hitler habe am Sonnabend die Möglichkeit gehabt, seinen propagandistischen Versuch den ersten Versuch einer positiven Leistung hinzuzufügen. Ob ihm die Zukunft dazu noch einmal Gelegenheit geben werde, steht dahin. Das Zentrum habe in den letzten Tagen seine Forderungen auf zwei Punkte hin konzentriert, auf eine Klarstellung der politischen Verantwortlichkeiten und auf eine unbedingte Innehaltung der Verfassung. Diese Forderungen seien so grundzüglicher Art, daß sie auch von dem Ausgang der Verhandlungen vom Sonnabend und ihrer Geltung in keiner Weise berührt würden. Die „Voss. Ztg.“ meint, man brauche das Scheitern der Verhandlungen nicht zu bedauern, denn die Eingliederung der Nationalsozialisten in den Kabinetts des Kabinetts von Papen hätte keine wirkliche Lösung geschaffen. Die Initiative gehe jetzt auf die Parteien über. Die „Deutsche Zeitung“ kommt zu dem Schluß, daß sich die Regierung Papen zweifellos darüber klar sei, daß sie im Reichstag keine Mehrheit finden würde. Mit einer Reichstagsauflösung allein sei die Lage nicht zu verbessern. Wie die Dinge auch seien, die Lage sei jetzt eindeutig dahin geklärt, daß die Zeit des Parlamentarismus endgültig vorüber sei. Die „D.Z.“ schreibt, die Szene, die sich Sonnabend im Hause Wilhelmstraße 77, in den Räumen des Fürsten Bismarck, abgepielt habe, zeige Hindenburg wieder als den Mann, der mit den Herren von Tannenberg an die ihm gestellten Aufgaben herantrat und nur die größten, die rein vaterländischen Gesichtspunkte gelten ließe. Hitler sei von den verschiedensten Seiten davor gewarnt worden, sich dieser öffentlichen Abfuhr auszuliefern. Er habe nicht auf diese Warnungen gehört und unbedingt auf seiner Berufung zum Reichskanzler bestanden. Was der Reichspräsident und Reichskanzler von Papen Herrn Hitler angeboten hätten, sei nicht wenig gewesen und könne keinesfalls als ein „sanftes Kompromiß“ bezeichnet werden. Die „Kreuzzeitung“ bedauert es lebhaft, daß der nationalsozialistische Führer durch sein Verhalten gegenüber dem Angebot des Reichspräsidenten den Versuch zerschüttert habe, der Reichsregierung durch eine, besonders innige Verbindung mit den Kräften der Nationalsozialistischen Partei eine überaus wertvolle Stütze zu geben. Auch die „Deutsche Tageszeitung“ bedauert, daß der Versuch der Heranziehung der nationalsozialistischen Kräfte zur Teilnahme an der Verantwortung einzuweichen nicht zum Ziele geführt habe. Der „Total-Anzeiger“ gibt ein Gerücht wieder, daß Adolf Hitler dem Reichskanzler von Papen bei ihrem langen Gespräch auf eine Frage ausdrücklich erwidert habe, er beabsichtige keinen „Marck nach Berlin“. Immerhin sei durch das Scheitern der Verhandlungen zwischen Reichspräsident und Reichskabinett auf der einen, Adolf Hitler auf der anderen Seite eine gewisse Spannung eingetreten. In den Kreisen der Reichsregierung werde scharf betont, daß sich diese allen Eventualitäten wohl gemessen fähig, und man lasse durchblicken, daß im Notfall der militärische Ausnahmezustand verhängt werden würde. Der „Vorwärts“ fordert unter Hinweis auf Preußen, daß das Unrecht, das wegen des verunglückten Experimentes an der republikanischen Bevölkerung verübt worden sei, wieder gutgemacht werde.